

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Donnerstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Elenne), Marktstraße 9 und Elzville (H. Fabig Witwe), Ecke Gutenberg- und Lannestraße.
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Geueke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Elenne, Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

25
September

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.92 Mk., monatlich 1.64 Mk. mit Beleggeld, für Abholer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — **Anzeigenpreis:** 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., 1. Klassezeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schlag der Anzeigen-Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr.
Politisches Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Die Mordpläne der Spartakiden

Schülerstreik

* Auch eine Erziehungskraft der glorreichen Revolution sind die Schülerstreiks, die immer wieder ins Kraut schießen. Bald verlegen sich einige Klassen in Berlin auf Bummeln, bald treten in Greifswald die Oberklassen sämtlicher höherer Schulen in den Aufstand, in einzelnen Fällen werden sogar die Volksschüler von der revolutionären Welle ergriffen. Allerdings handelt es sich um einen Protest gegen den Bildersturm, den Herr Konrad Hänsch angestreift hat. Ursprünglich sollten alle Wahrscheine, wonach Deutschland einmal eine Monarchie gewesen ist, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die neuen Machthaber sind nämlich der Meinung, daß die junge Republik noch auf zu schwachen Füßen stehe und daß toter Stein und tote Feindworte die Mehrheit der Bevölkerung bezaubern und auf den Weg der Monarchie zurückführen könnten. Vielleicht ist auch Herr Konrad Hänsch so fälschlich, durch die Befestigung aller historischen Momente der Nation unangenehme Vergleiche zu erippen. Denn je länger wir von den Segnungen der Revolution leben, um so mehr steigt unser Blick in die Vergangenheit, in die besseren Tage. Die Sozialisten haben den Bildersturm nicht ganz durchgeführt können, sie durften die Geschichte doch nicht völlig verbösern, so haben sie sich denn damit begnügt, die Entfernung der Bilder des letzten Kaisers und des deutschen Kronprinzen anzuordnen. Darob entsetzt nun die Empörung in zahlreichen Schulen, die schließlich in Streik ausartete, die Herrn Hänsch veranlaßt, nach Ost und West, nach Nord und Süd zu reisen, um die kindlichen Gemüter zu befriedigen. Auf diesen Besichtigungstouren entdeckte nun der Genosse die unangenehme Tatsache, daß hinter den Streiks alldeutsche Professoren und Lehrer ständen, welche die Jugend politisch verheizen. So erging denn eine Anweisung, wie die Pädagogen des neuen Deutschland sich zu verhalten haben. Sie haben eben die Pflicht, den Schülern zu lehren, daß die Republik die höchste Wille der Kulturentwicklung ist, während eine monarchische Staatsverfassung die übelste Sklaverei bedeutet. In der sozialdemokratischen Presse aber entstand ein Geschrei über die Gegenrevolution, die von den Schulen ausginge und der jungen Republik gefährlich werden könne. Ja, man schreie beinahe nach einer Justizvorlage für die streikenden Schüler und die lebenden Lehrer. So wurde aus der Mücke ein Elefant gemacht, so wurden auch die patriotischen Regungen der Schüler dazu benutzt, um parteipolitische Propaganda zu entfalten. Der Erfolg wird indes nicht sonderlich bedeutsam sein.

Neuerdings erleben wir Schülerstreiks mit religiösem Untergrunde. In dem gotischen Bann der Regieren der Unabhängigen, die sich den Teufel um die neue Reichsverfassung scheren. Sie befechtigen den Religionsunterricht aus der Schule und führen damit das sozialdemokratische Programm bis zur letzten Konsequenz durch. Demgegenüber sind Eltern und Schüler in Aktion getreten. Die Eltern erklären, sie würden keine Steuern mehr zahlen, während die Schüler dem Unterricht völlig fern bleiben. Herr Hänsch war schnell bei der Hand, als die Schüler wegen des sozialdemokratischen Widerstands in den Aufstand traten. Bei Gotha aber hört und sieht man nichts von den Zentralstellen, die Hüter der Reichsverfassung tun, als ob nichts passiert wäre. Sie haben nicht den Mut, in das Gothaer Weisheitsgesetz zu greifen und die Rechte der Eltern zur Durchführung zu bringen. In dem hierfürlichen Mäandern werden die katholischen Schüler neuerdings zwingend in die Simultanschule einregistriert. So beschloßen es bürgerliche und sozialistische Demokraten. Auch hier traten die Schüler in den Streik und schloß sich die Regierung nicht an. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich die Methoden der Revolution zu eigen zu machen. Bekanntlich sind in der neuen Verfassung die Elternrechte auf die Erziehung der Kinder festgelegt, die Eltern bestimmen, welche Schule ihre Kinder besuchen sollen. Erziehungswissenschaftler darf man feststellen, daß selbst in den größten Städten, wo die Freidenkerbewegung wenig ins Kraut geschossen war, die ungebildete Mehrheit der Eltern für die konfessionelle Schule eintritt. Ohne Zweifel werden Sozialdemokraten und Demokraten für die Zukunft der Simultanschule durch alle möglichen Mittel eine Gasse zu brechen versuchen. Demgegenüber gilt es auf der Hand zu sein. Die Verfassung ist angenommen, sie muß respektiert werden, solange sie nicht abgeändert ist. Gewiß hat jeder deutsche Bürger das Recht, in die Pflicht, bestimmte Paragraphen der Verfassung, die ihm nicht zusagen, mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen und ihre Abschaffung zu verlangen. Die bürgerliche und sozialistische Linke mag ruhig dafür agitieren, daß die Paragraphen über Kirche und Schule beseitigt und geändert werden. Das ist ihr gutes Recht. Denn auch die Verfassung gilt nicht für ewige Zeiten und muß entsprechend der Zeit, entsprechend dem Willen der Bevölkerung abgeändert werden. Solange aber die Verfassung besteht, ist sie zu respektieren. Auf diesen Standpunkt haben sich auch, wie wir sahen, alle Parteien mit Einschluß der Mehrheitssozialisten gestellt. Die deutschnationale Volkspartei erkennt auch die Verfassung als bindend an, wobei sie gleichzeitig erklärt, daß sie an dem monarchischen We-

denken festhalte und auf gesetzlichem Wege eine Änderung der Regierungsform erstrebe. Dieser Standpunkt ist durchaus korrekt.

Die Schülerstreiks sind jedenfalls keine erfreuliche Erscheinung. Sie könnten ebenfals vermieden werden. Was soll es für einen Zweck haben, alle Wahrscheine der Monarchie aus den Schulen zu entfernen? Wenn sich die Republik nicht Kraft ihrer Überlegenheit über die Monarchie durchsetzen kann, dann ist sie wertlos zugrunde zu gehen, dann wird sie auch zugrunde gehen. Zudem gibt es keine deutsche Geschichte ohne die deutschen Kaiser, angefangen von Karl dem Großen bis zu Wilhelm I. Die Schülerstreiks aus religiösen Gründen würden unterbleiben, wenn die gegenwärtigen Machthaber genau die Verfassung beobachteten. Jedenfalls gehören die Ausstände der Kinder und Schüler zu den unerfreulichen Erscheinungen der Gegenwart, die ein Symptom des allgemeinen Zusammenbruchs. Man braucht ihre Bedeutung nicht zu überschätzen, man soll sie aber auch nicht unterschätzen. Denn wie es schließlich angenehmer ist zu streiken als zu arbeiten, so ist es schließlich auch bequemer, die Schule zu schwänzen, als hinter den Büchern zu sitzen. Was ein Häkchen werden will, kommt sich beizeiten. Wenn die Schüler daran gewöhnt werden, schon in der Schule einen Teil des Jahres dem Ausstand obzuliegen, dann werden sie sich diese Gewohnheit später nicht so leicht nehmen lassen. Dann folgen den Schülerstreiks die Lehrerstreiks, die wie übrigens auch schon an einzelnen Orten erleben. Man widerstehe also den Anfängen.

Die spartakidischen Verbrecher

Berlin, 21. Sept.

Folgende Mitteilungen aus dem Geheimplan der Spartakiden werden heute von den Berliner Blättern verbreitet. Sie entstammen den Nachrichten, die vom Generalsekretariat zum Studium des Volkswesens herausgegeben werden.

Im Haushaltsausblick der preussischen Landesverwaltung ließe Ministerpräsident Ehrlich in einer Erwiderung auf Ausführungen eines Unabehaltenen mit: Die kaiserliche Regierung hat bei einem Agitator des Spartakidbundes, der in Potsdam reisen wollte, eine Instruktion vorgelesen: „An alle Vertrauensmänner, in der es heißt: „1. Alle Gruppen Deutschlands, Ostpreußen und der Ostschlesien, gründen in ihren Gruppen eine kreis weise politische Organisationsgruppe. 2. Jede dieser politischen Gruppen ist die Realisierung aller politischen Maßnahmen, die in einer kommunistischen Bewegung einfinden müssen. 3. Durch diese angelegten Namensoberbegriffe ist es ermöglicht, genau unsere Feinde auszusuchen zu überwinden, bei einem Ausbruch dinstig zu machen und abzurufen. 4. Sollte die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, Ostpreußen und der Ostschlesien, die von einer Vertrauensperson einer unerschrockenen politischen Person für gut befinden, so erhält jene politische Gruppe den Auftrag zur Ausführung, wo die betreffende Person ihren künftigen Wohnsitz hat. 5. Eine eigenständige Organisation ohne Auftrag der Zentrale darf von den Gruppen nicht ausgeführt werden, es sei denn, daß Vertreter sofort zu befragen seien. In diesem Falle ist der Gruppe überlassen, den richtigen Weg einzuschlagen. 6. Welcher Genosse die Zeit auszunutzen hat, entscheidet das Los, und derselbe ist verpflichtet, innerhalb 24 Stunden den Plan auszuführen, wenn er nicht selbst das selbe Schicksal erleiden will. 7. In diesen politischen Gruppen dürfen nur die verlässlichen und vertrauten Genossen zugelassen werden. Vertraut wird sofort mit dem Tode bestraft. 8. In einer Gruppe dürfen nicht mehr als vier Genossen in die politische Organisation aufgenommen werden. 9. Die geheime Wahl eines Vertrauensmannes, dem Befehlsgewalt übertragen wird, dessen Befehlen unerschrocken Folge zu leisten ist. 10. Die A. P. D. vereint sich mit den Sozialistischen Elementen in der Anstaltsverwaltung in der Art und Weise, daß auch die Sozialistischen diesen Gruppen geheim angeschlossen. 11. Die A. P. D. Deutschlands hat ebenfalls sofort die politischen Organisationen ins Leben zu rufen und an die Zentrale der A. P. D. Bericht zu erstatten. 12. Die A. P. D. der Ostschlesien hat im Punkt 11 zu handeln. 13. Sittig vertrauliche Informations über politische Persönlichkeiten sind nur durch Kurier der Zentrale mündlich zu überbringen oder an die Poststelle (Zentrale: Dietrich Nr. 6, Markgrafenstraße 1, Dresden) zu schreiben. 14. Die Zentrale A. P. D., A. P. D., A. P. D., A. P. D. und Sozialisten enthalten die zwei Vertreter in die Zentrale. 15. Dieser gewählte Zentralrat entscheidet in geheimer Wahl und durch Los über die Ausführung der Tat und des Planes. „Das sind die Punkte, so fuhr der Ministerpräsident fort, die von der äußeren Linie, von der U. S. P. nicht in Schutz genommen werden.“

Nicht minder eindringlich ist der Geheimbefehl, der bei dem kürzlich in Pasing bei München verhafteten kommunistischen Heilands (Edmund) genannt, wie schon kurz gemeldet worden wurde. Einige der bei Pasing gefangenen Schriftstücke waren in unentzifferter Geheimchrift. Der Hauptplan in offener Sprache hatte folgenden Wortlaut: Betrifft die Organisation eines neuen gewalttätigen Umsturzes und einer Reichsveränderung, wie sie eckern notwendig ist. Ausgeführt Anfang September 1919. Die Reichsveränderung ist nach dem Willen der Spartakiden in der nächsten Zeit zu vollziehen. In diesem Zweck veranlassen sich am Abend vorher mündlich unauffällig die abgetrennten Stützgruppen in den Häusern in der Nähe der Kasernen. Wäh-

rend der Nacht sind die Wohnungen der Offiziere auszuheben zu überfallen. Ein Offizier, der keine Wohnung in der offenkundigen Absicht verläßt, zur Truppe zu eilen, wird ohne Ansehen niedergeschossen. Einzelheiten über das Verhalten der Nachtruppe vor den Offizierswohnungen bleiben dem Gutdünken des Führers überlassen. Bekannte Monarchistenoffiziere sind unverzüglich zu beseitigen. Anstalts. Neben das Eindringen in die Tore liegt für jede Kaserne ein besonderer Plan vor. Der Angriff ist von allen Seiten und gleichzeitig zu richten. Die Nacht des Angriffs liegt allein in der Schärfe seiner Ausführung, auf der Entscheidungsfähigkeit der Gruppenführer, der Disziplin jedes einzelnen Soldaten. Die Ecken der Kasernen sind unerschrocken mit M. A. zu besetzen. Auch Mannenwerter sind zu verwenden. Alle Offizierskinder sind, nur mit dem und Unterhose bekleidet, in einem Raum unterzubringen und schützens zu bewachen. Die Mannschaften bleiben auf ihren Stuben, dürfen aber nicht aus den Betten, bis vom Oberkommando entsprechende Befehle eintreffen. Im übrigen ist es besser, es werden in dieser Stunde 3 als in der nächsten 30 Minuten. Die Kasernen sind dann auf Schärfe zu bewachen und zu besetzen. Alle Waffen und die gesamte Munition haben unangefastet an ihren Lagerplätzen zu verbleiben, bis Gegenbefehl kommt. Nur die Waffen und die Munition der übertrumpften Soldaten sind nach Bedarf an die Befehlstruppen zu verabsorgen. Kein Reich darf die Kasernen lebend verlassen, keiner ohne Anweisung des Führers und dann auch nur in Begleitung eines Wachmannes. Den gefangenen Soldaten gegenüber ist die größte Menschlichkeit zu bewahren. Es sind sofort Aufführungsblätter zu verabsorgen. In gleicher Weise des Sturmes auf die Kasernen sind alle öffentlichen Gebäude, Straßenzugänge und Plätze zu besetzen. Desgleichen muß zur gleichen Zeit von allen militärischen Depots, Geschützstellungen usw. Besitz ergriffen werden. Wer sich zur Wehr setzt, wird erschossen. Es sind zu befehlen: 1. Jeder bewaffnete Soldat, der nicht zur roten Armee gehört, wird erschossen. Der gesamte Eisenbahn, Post- und Telegraphenverkehr ist mit der Wunde des Umsturzes lahmzulegen. Während der Nacht marschieren die dazu bestimmten Truppenteile der roten Armee über die Felder, nicht über die Landstraßen, auf die umliegenden Dörfer, soweit sich in ihnen Truppen der Reichswehr befinden, und heben sie dort an. Jeder, der nicht sofort die Waffen abgibt, wird erschossen. Gleichzeitig sind an dem Radius von 2 Kilometer tiefe Stützpunkte in Form von Heilmann auszuheben. Kein Reich darf Mäandern verlassen oder in es hinein. Jede Truppe hat sich zum Dunkelwerden an die Ecken der Kasernen anzuheben und in der Nähe des ihr angewiesenen Abstellplatzes zu sammeln. Alle Abstellplätze dieses Planes müssen nummeriert sein. Zwei Exemplare sind in Geheimchrift an einem sicheren Ort aufzubewahren. Ein Waffengang ist ununterbrechlich. Dem Truppenoberkommando ist eine „irreführende“ Abschrift dieses Planes durch „Spione“ zuzusenden. Revolutionen mit Schusswaffen in der Hand werden ohne Standrecht auf Befehl eines Offiziers erschossen. Plünderung wird mit dem Tode bestraft. Eiserne Disziplin. Bisherige Anweisung der Offiziere. Sofortige Propaganda in der Reichswehr. Keine Armee in festen Verbänden organisieren.

Eine sozialistische Extratour

Berlin, 24. Sept. Der 12. Anlauf der Nationalversammlung begann heute seine Beratungen über das Umschneidengesetz. Ein Vertreter der Sozialisten beantragte Vertagung bis zur Erledigung der 1. ten Steuern. Das Volk könne die mit der Umschneidung verbundenen Lasten nicht tragen. Ein Vertreter der demokratischen Partei äußerte sich zu dem Antrag dahin, daß, wenn die sozialdemokratische Partei ihren Antrag aufschreibe, die Deutschdemokratische Partei es nicht als ihre Aufgabe ansehen könne, einen solchen Antrag einer Regierungsvorlage zu Fall zu bringen und die Regierung gegen diesen Antrag zu schützen, das wäre eine parlamentarisch unmögliche Situation. [1]

Reichsfinanzminister Erzberger erklärte an, daß die Belastung der Bevölkerung sehr hoch sei, daß jedoch die Finanznot des Reiches gebieterisch hohe Steuern erfordere. Das ganze Reichsfinanzprogramm sei darauf aufgebaut, daß die direkten Steuern und die indirekten Steuern zu gleicher Zeit beschloßen werden müßten. Wesentlich höhere Sätze seien für die direkten Steuern nicht möglich. Einen Ersatz für die indirekten Steuern gebe es nicht. Wenn jetzt nicht die Umschneidung beschloßen würde, ginge wieder ein Jahr verloren. Für die Regierung sei die Vertagung des Umschneidengesetzes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen unausweichlich.

Der Vertreter der Mehrheitssozialisten M. demgegenüber seinen Antrag aufrecht. Geheimrat Bopp, führte aus, daß das Gesetz am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten müsse. Es sei erforderlich, jetzt mit den Beratungen zu beginnen, damit der Kaufmann sich rechtzeitig vorbereiten könne. Jetzt, wo alles in wirtschaftlicher Hinsicht in Bewegung sei, könne der Kaufmann sich leichter auf die Neubelastung einstellen, als später, wenn die Verhältnisse sich konsolidiert hätten.

Der Kaiser

London, 24. Sept. Der Evening Standard hat von einem seiner Mitarbeiter an maßgebender Stelle fragen lassen, wie es mit dem Prozeß gegen den früheren deutschen Kaiser stünde: „Soll der Kaiser vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden, und soll dieses historische Ereignis in London sein?“ Die Antwort lautete: „Jawohl! Das ist die Absicht, die Lord George im Unterhause bekanntgegeben hat. Daran ist noch nichts geändert worden, und es kann auch nicht ohne Zustimmung der Unterzeichner des Versailler Vertrages geändert werden.“ Frage: „Soll demnach die Verfolgung des Kaisers vorbereitet und fortgesetzt werden?“ Antwort: „Die Vorbereitungen sind so gut wie fertig, und wenn der frühere Kaiser noch in dieser Woche in London erscheinen möchte, könnte der Prozeß sofort beginnen, da alle Maßnahmen getroffen sind.“

Das Reichsnotopfer

Berlin, 24. Sept. Dem Steuerprogramm der Regierung wird in den Ausschüssen der Nationalversammlung hart zugesetzt und es scheint, daß sich die Meinungen der Parteien in der Ueberlieferung von Weimar nach Berlin ein wenig umgebogen haben. Auch gegenüber dem Reichsnotopfer hat sich diese Umänderung wirksam gemacht. Bei seiner Beratung im Behnert-Ausschuß, die sich zunächst in vertraulicher Form mit der Möglichkeit eines Quotienten des Verbandes befaßte, ergab sich, daß die Steuerkraft gegen die Erhebung einer einmaligen Abgabe vom Vermögen eines bestimmten Zeitpunktes gewachsen ist. Auch die Demokraten sind der Meinung geworden, daß einer laufenden Vermögensabgabe der Vorzug zu geben sei. Andererseits hat sich die Abneigung gegen die Erhebung einer Zwangsanleihe, die sich in Weimar, als der Abgeordnete Dr. Dugenberg seinen bekannten Vorschlag machte, in aller Schärfe geltend machte, merklich gemildert. Eine Zwangsanleihe für sich könnte natürlich das Reichsnotopfer nicht ersetzen. Es ist aber wahrscheinlich, daß im Laufe der parlamentarischen Verhandlung aus dem Reichsnotopfer eine laufende Vermögensabgabe, wie sie von liberaler Seite und insbesondere auch von der „Kölnischen Zeitung“ gefordert wurde, hervorgeht, und daß in Verbindung damit auch auf eine Zwangsanleihe zurückgegriffen wird. In parlamentarischen Kreisen ist man fest überzeugt, daß das Schicksal des Reichsnotopfers besiegelt ist.

Heimkehr

zu Versailles, 24. Sept. Die Nation belagert mit, daß die belgische Regierung am 25. Sept. mit dem Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen beginnt. Täglich werde ein Zug mit 1000 Kriegsgefangenen bis zur Grenze der belgischen Zone gehen.

Eine amerikanische Anleihe

Berlin, 24. Sept. Bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptauschuß der Nationalversammlung schied der Abgeordnete Nießler die Balutafage an, wie dabei insbesondere auf die Höhe der Zinsen hin, die durch das „Loch im Beutel“ hervorgerufen würden, und forderte die Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Untersuchung der Balutafage. Reichsfinanzminister Erzberger ging in vertraulicher Weise auf die Balutafage ein und äußerte sich über die Vorgänge an der Börse, die Befestigung des Auslandes an unseren Werten, den künftlichen Export usw. und teilte schließlich mit, daß im Zusammenhang mit dem Reichswirtschaftsamt Maßnahmen in Vorbereitung seien, die deutsch-Baluta wieder zu heben. Vor allem nötig sei eine Neuaufstellung der Zollgrenze im Westen und eine Änderung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten überhaupt. England zeige sich geneigt, uns in dieser Richtung entgegenzukommen. Andere Maßnahmen seien erforderlich durch den Umstand, daß der Friede noch nicht abgeschlossen sei. Die gewünschte Sachverständigenkommission sei nach Erledigung der nötigen Vorbereitungen für nächsten Montag berufen worden. Den Exporteuren solle mehr Freiheit gelassen werden, auch in Markt zu verkaufen. Eine allgemeine durchgreifende Finanzierung könne nur durch eine große Anleihe kommen, die durch eine internationale Konferenz in die Wege geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werde.

zu Berlin, 24. Sept. Aus der Bildergalerie am Schinkelplatz wurden gestern zwei Gemälde gestohlen, die von Lucas Cranach auf Holz gemalt, Martin Luther und Philipp Melancthon darstellten.

zu Oldenburg, 25. Sept. Der wertvolle Teil der alten Bilder der städtischen Gemäldesammlung ist seit einiger Zeit mehr in Oldenburg. Der Großherzog ließ sie durch Vermittelung eines Versteigerers über die Grenze nach Holland bringen. Die Verhandlungen mit der Landesregierung wegen der Abnahme der Bilder durch das Land wurde vom Großherzog kurzer Hand abgebrochen. Der sehr bedeutende Sammlung von Italienern des 16. Jahrhunderts und Niederländern des 17. Jahrhunderts enthält u. a. ein Rembrandt. Der Verlust wäre für den deutschen Kunstbesitz unersetzlich.

zu Berlin, 25. Sept. Nach Mitteilungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhöhte sich im Laufe des gestrigen Tages die Zahl der Betriebe, deren Beschäftigten sich an dem Streik beteiligten, auf 90, und die Zahl der bereits vom Streik betroffenen Firmen auf 30. Die Zahl der Streikenden habe sich auf circa 18.000 erhöht.

